

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.95 und
0.30 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis
Ausland unter Erstattung 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 877.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile unter 20 2 le laufend 15 Pf.
Beilage 20 Pf. Beilage unter 20 2 le laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 877.

Nr. 288.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 10. Dezember 1931.

13. Jahrgang.

Reicht dem Verzweifelden ist es, den Tod zu verachten
im Elend,
Aber des Lebens Last dulden und schweigen ist Mut.

Fr. Haug.

Umschau.

— Vertrauen! — Kampfbeginn in Basel. — Englisch-
französischer Zollkonflikt. — Die Vernunft dämmert,
aber Frankreich schwingt die Peitsche. — Oesterreichisch-
ungarische Zollunion? — Die Londoner Indienkonferenz
ohne Ergebnis beendet. —

Vertrauen richtet auf! Mißtrauen reißt nieder!

Nichts tut uns jeht, wo alles um uns wankt und
bricht, so bitter not, wie ein heiliges Vertrauen auf un-
sere innerste Kraft und auf den Lenker aller Dinge, der
auch das deutsche Schicksal in seinen Händen hält. Das
sagen wir inmitten eines Zusammenbruches, der jede
Hoffnung auf einen letzten Ausweg zum Wahnbild macht
und alle Schichten unseres Volkes mit unerbittlicher
Grausamkeit in seinen Strudel zieht. Aber nichts ge-
schieht im Leben und nichts in der Geschichte, was sinnlos
wäre. Jedes Geschehen, jedes Ereignis hat seine beson-
dere Aufgabe. Auch der Tributwahn hat seine höhere Be-
deutung für das deutsche Volk gehabt. Denn erst im Leid,
erst in der Not und im Kampf offenbart sich der Charak-
ter nicht nur des Einzelmenschen, sondern auch eines gan-
zen Volkes. Und da bleibt mit innerster Genugtuung
festzustellen, daß Deutschland unter dem furchtbaren
Druck der Tributlasten nicht mürbe und nicht feig ge-
worden ist, sondern daß es sich immer inniger und fe-
ster zusammenschließt, um seinen Zwingherren da drau-
ßen stolzer und mannhafter entgegenzutreten, als dies
bisher der Fall war. Daß allerdings das deutsche Volk
an eine Rettung nach den bis dahin üblichen Methoden
nicht mehr glaubt, geht mit aller Deutlichkeit aus den
Ergebnissen der Wahlen hervor, die in der letzten Zeit
dort und hier im deutschen Reichgebiet stattgefunden
haben. Der Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien
und die auffallenden Verluste der Sozialdemokraten sind
ja nichts anderes als eine demonstrative Abgabe an das
bisherige System der deutschen Innen- und Außenpoli-
tik. Je nach der weltanschaulichen Einstellung erhofft
das deutsche Volk das Heil nur noch vom Kommunismus
oder vom Nationalsozialismus. Die Erfolge des letzteren
und die Erwartungen, die sich gerade an ihn knüpfen, sind
derart groß, daß man den Nationalsozialisten eine als-
baldige verantwortliche Mitbeteiligung an der Regierung
nur von Herzen wünschen kann. Und daß es wohl nur
noch eine Frage der Zeit ist, wann die Nationalsozialisten
in die Regierung einziehen werden, ist jedem klar, der
die verschiedenen Wahlergebnisse der letzten Monate auch
nur ganz oberflächlich betrachtet hat.

Wir halten es daher für einen außerordentlich schwe-
ren außenpolitischen Fehler, daß seitens unserer noch am-
tierenden Staatsmänner alles getan wird, um den Na-
tionalsozialisten ohne stichhaltigen Grund die dunkelsten
politischen Dinge anzuhängen. Das mag vom engen Par-
teistandpunkt aus zwar zu verstehen sein, aber im Inter-
esse der deutschen Volksgemeinschaft liegt es ganz bestimmt
nicht, wenn man vor aller Welt eine Partei mit jedem
Mittel zu diskreditieren versucht, die ja doch in abseh-
barer Zeit — und zwar ausschlaggebend — an der Reichs-
regierung beteiligt sein wird. Viel richtiger wäre es, man
beschäftigte sich aufmerksamer mit den Vorgängen in Pa-
ris. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der
am Montag zusammengetretene Sonderausschuß der
V.J.Z., der die Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen
soll, unter stärksten französischen Druck genommen wird,
um der französischen Tributthese zum Siege zu verhelfen.
Leider hat die deutsche Reichsregierung den Fehler ge-
macht, dem Wunsche Frankreichs nachzugeben und unter
Anerkennung des Youngdikates die Einberufung dieses
Sonderausschusses zu beantragen, statt einfach die deut-
sche Zahlungsunfähigkeit vor aller Welt offen und mutig
auszusprechen. Trotzdem ist es auch heute noch Zeit zu
der Erklärung, daß Deutschland unter keinen Umständen
mehr einen Pfennig Tribute zahlen kann, wenn es den
Verpflichtungen gegenüber seinen privaten Auslands-
gläubigern gerecht werden soll. Zur Zeit ist ja bekannt-
lich auch das nicht möglich, und das Ausland tut leider
alles, um mit seinen zollpolitischen Maßnahmen die deut-
sche Zahlungsfähigkeit auch auf lange Sicht immer mehr
in Frage zu stellen.

Die internationalen Zollkämpfe wirken sich jedoch
nicht allein gegen Deutschland aus, sondern die unge-
wöhnliche Schärfe, mit welcher sich der Präsident des eng-
lischen Handelsamtes, Runciman, gegen die neuen fran-

zösischen Zollpläne gewandt hat, zeigt deutlich, in wel-
chen Reizzustand die große Weltwirtschaftskrise auch die
Siegerstaaten geführt hat. Und es ist erfreulich, daß das
Verfallener Unrecht und der Wahnsinn der Tribute immer
mehr als die eigentlichen Ursachen der verhängnisvollen
Weltnot erkannt werden. Selbst der englische Schatzkanz-
ler Neville Chamberlain hat dieser Tage vor der Han-
delskammer in New York erklärt, daß „es im Interesse
der internationalen Wohlfahrt vor allen Dingen erfor-
derlich sei, die „Reparations“-frage einer befriedigenden
Lösung entgegenzuführen und das Vertrauen in die Sta-
bilität Deutschlands und in die Erfüllung seiner han-
delspolitischen Verpflichtungen wiederherzustellen.“ Daß
hinter solchen Erklärungen in hohem Maße die Angst
der Auslandsgläubiger um ihre an Deutschland gegebene
Darlehen steht, ist selbstverständlich. Aber Frank-
reich schert sich nicht daran, wenn es nur seinen machtpo-
litischen Zielen weiter zustreben kann. Und so halten wir
es für durchaus am Platze, wenn die deutsche Reichsre-
gierung jede weitere tributpolitische Bindung, die allein
im Interesse Frankreichs läge, kategorisch ablehnen und
darüber hinaus der Weltöffentlichkeit in propagandistisch
wirksamster Weise darlegen würde, welche Unsummen
wir bereits seit 1918 an unsere Tributgläubiger geleistet
und gezahlt haben. Wir fürchten, daß das auffallend pas-
sive Verhalten der deutschen Reichsregierung in dieser
Schicksalsfrage des deutschen Volkes uns nicht zum Bes--
ten dienen wird. Inzwischen hat Frankreich einen neuen
Angriff auf das englische Pfund unternommen, das ja
dann auch ganz erheblich weiter abgefallen ist. Die Tri-
but- und Abrüstungskonferenzen werden beweisen, ob
Frankreich mit seinem skrupellosen Vorgehen die Eng-
länder auf die Knie gezwungen oder zu einem Wider-
stand gegen die französische Politik des Uebermutes her-
ausgefordert hat, die schon viel zu lange die Völker
Europas in Atem hält.

Auch über Oesterreich schwingt Frankreich wieder ein-
mal die Goldpeitsche, indem es bei der V.J.Z. durchgesetzt
hat, daß Oesterreich die vor Wochen genehmigte Anleihe
noch nicht zur Verfügung gestellt wird. Es steht das zweifel-
los in Zusammenhang mit den Bestrebungen gewisser
franzosenfreundlicher Kreise in Ungarn, um die öster-
reichisch-ungarische Zollunion alsbald in die Tat umzusetzen.
Hiermit wäre die Plattform für die Verwirklichung einer
frankreichhörigen Donauföderation gegeben. Und es ist
nur zu wünschen, daß sich die Widerstände gegen diesen
Plan stärker erweisen als die Machtgier des Franzosen-
tums.

Inzwischen ist die Londoner Indien-Konferenz ergeb-
nislos zu Ende gegangen. Gandhi bekannte sich in sei-
nem Schlusswort zu einer gewissen englisch-indischen Zu-
sammenarbeit, forderte jedoch ein Kompromiß, das In-
dien die wahre Freiheit gebe. Jede Lösung, bei der In-
dien keine Selbstregierung und keine eigene Armee be-
komme, sei eine Scheinlösung, der er im Interesse In-
diens unter keinen Umständen zustimmen könne. Er
hoffe auf die kluge Einsicht der Engländer. Andernfalls
scheue er nicht davor zurück, das indische Volk auf neue
zum „bürgerlichen Ungehorsam“ gegen England aufzurufen.
MacDonald gab seinerseits das Versprechen, daß es
nach wie vor das Ziel der Verfassungsreform sei, Indien
„zu gegebener Zeit“ zu einem gleichberechtigten engli-
schen Dominion zu machen, legte sich darüber hinaus
aber auf nichts fest. Die englische Krone behält sich viel-
mehr auch weiterhin die Gebiete der Außenpolitik, der
Wehrmacht, der Steuerhoheit und Minderheiten, sowie
ein allgemeines Vetorecht des englischen Vizekönigs vor.
Und so wurde denn die Konferenz bis zum Januar ver-
tagt, um dann auf indischem Boden wieder einberufen
zu werden. Den Engländern wie auch den Indern kommt
diese Vertagung zweifellos sehr gelegen. Denn die Eng-
länder sind zur Zeit derart mit anderen Dingen belastet,
daß ihnen die durchgreifenden Verhandlungen mit den
Indern die notwendige Bewegungsfreiheit fehlt. Und
andererseits werden die Inden natürlich alles daran setzen,
um die derzeitige Schwächeperiode Englands gründlich zu
ihren Gunsten auszunutzen. Daß sich die indischen Na-
tionalisten mit dem mehr als mageren Londoner Ergeb-
nis zufrieden geben werden, ist kaum anzunehmen. Dies
um so weniger, als während Gandhis Abwesenheit eine
weitgehende Radikalisierung des indischen Nationalis-
mus Platz gegriffen hat. Es wäre außerordentlich zu be-
dauern, wenn sich hieraus irgend eine neue Aufstands-
bewegung ernststen Charakters in Indien herausbilden
sollte; denn ein abermaliger offener Ausbruch des eng-
lich-indischen Konfliktes würde ja nur eine weitere
Schwächung Englands und damit eine entspre-
chende Stärkung der französischen Position in Europa
bedeuten. Hiermit aber wäre nicht nur der europäischen,

sondern ganz im besonderen auch der deutschen Sache bei
den bevorstehenden Verhandlungen wahrhaftig kein er-
hebender Dienst erwiesen.

Sollen unsere Rentner untergehen?

Für den, der die letzten Notverordnungen
kennt, heißt diese Frage stellen, sie bejahen, wenigstens
in bezug auf die ehemaligen Kapitalrentner in Preußen,
denen durch die Notverordnung in der letzten Zeit tat-
sächlich jede Lebensmöglichkeit genommen wird. Mag
sein, daß die Regierungen der übrigen deutschen Länder
von ähnlichen Bestimmungen und Verfügungen absehen,
männ der Enttäuschung der preussischen Rentner
stark genug wird, um die zuständigen Stellen zur Einsicht
zu bringen. Leicht wird das nicht erreicht werden, denn
man ist ja nachgerade überall in Deutschland darauf ein-
gestellt, die Lasten nicht nach dem Gesetz der Tragfähig-
keit, sondern nach dem der geringsten Widerstandskraft
zu verteilen. Und wo wäre die wohl geringer als bei de-
nen, die man heute, wohl nicht unbeabsichtigt „Kleinrent-
ner“ nennt?

Man vergegenwärtige sich ihren Leidensweg seit 1914!
Die Rentner haben in den Kriegsjahren wie alle übrigen
Volksgenossen gelitten, entbehrt, ihre Söhne fürs Vater-
land hingegeben. Sie sahen in der Inflationszeit den
Wert ihres Einkommens unter den Händen zerrinnen,
bitterste Not und nackter Hunger klopften an ihre Tür
und haben viele in den Verzweiflungstod getrieben. Und
als nach der Stabilisierung der Währung das deutsche
Volk begann, seine Existenz neu aufzubauen, als die
wirtschaftliche Lage für die meisten langsam wieder er-
träglich, für viele sogar gut wurde, da mußten sich die
Rentner, schon mürbe geworden, alt, schwach, leidend,
wie kämpfende Schwimmer durch all die Unbill hindurch-
arbeiten, deren Wogen immer wieder über ihnen zusam-
menzuschlugen und ihnen den Lebensatem zu nehmen droht-
en: sie suchten sich Verdienst, machten Heimarbeit, ver-
mieteten Zimmer, lernten das bittere Brot der Verwand-
ten essen, kämpften um die kümmerlichen Vermögens-
reste, die die Aufwertungsgesetze ihnen gelassen hatten,
und mußten sich damit abfinden, vom Reich an die städ-
tische „Fürsorge“ abgeschoben und damit Wohlfahrtsbe-
treute, Schlinglinge der Armenfürsorge zu werden. Alles,
was durch diesen Kampf erreicht wurde, ist, daß schließ-
lich eine gewisse Stetigkeit in die Armut und Entbehrun-
gen kam, daß neue Kürzungen nicht zu befürchten schie-
nen, daß die Rentner lernten, mit Beträgen auszukom-
men, deren phantastische Kleinheit von den meisten Mit-
bürgern nicht einmal geahnt wird, und daß trotz allem
noch ein Hoffnungsschimmer durch das Dunkel leuchtete,
der Hoffnungsunke, ohne den wir Menschen nun einmal
nicht leben können und der bei den Rentnern hieß: Ren-
tner-Versorgungsgesetz, Aufwertungsverbesserung, nicht
mehr der Fürsorge unterstellt sein, keine Almosen mehr
nehmen brauchen. So war die Stimmung, war die Lage
etwa vor zwei Jahren, vielleicht auch vor einem. Die Un-
terstützungssätze betrugen damals und bis zu den jetzigen
Kürzungen etwa die Hälfte von der Summe, die das Sta-
tistische Reichsamt für das Existenzminimum errechnet
hatte, und die naturgemäß nur dann vor den aller-
schlimmsten Entbehrungen schützen konnte, wenn kleine
zufällige Einnahmen durch Arbeitsverdienst, Abvermie-
ten oder Verwandtenbeihilfe hinzukamen.

Und nun kommen die neuen Schläge: die Reichsnot-
verordnung vom Juni dieses Jahres, die die Anrech-
nung auch der kleinsten Aufwertungseinkommen auf
die Unterstützungssätze vorschreibt, und der Durchfüh-
rungsersatz vom 16. September 1931 zur preussischen Not-
verordnung, der die Kürzung der Ritzsätze um 12 v. S.
gebietet. Die Durchführung dieser Bestimmungen wird
von manchen Wohlfahrtsämtern für unmöglich gehalten,
aber sie sind der Auffassung, daß eine Weigerung ihrer-
seits die Durchführungsanordnung des Regierungspräsi-
dents nach sich ziehen würde, deren Nichtbefolgung wie-
derum von der Sperrung der Reichsbeihilfen für die Ge-
meinden begleitet sein würde. So sind die Gemeinden in
eine Zwangslage gebracht und die Rentner in eine Lage,
die der Verzweiflung Tür und Tor öffnet. Wenn keine Ab-
hilfe geschaffen wird, kann in diesem Winter das große
Rentnersterben nicht ausbleiben, weil zum Weiterleben
einfach alle Voraussetzungen fehlen.

Aber wollen die preussischen und mit ihnen die
übrigen deutschen Rentner denn auch untergehen? Nein,
und nochmals nein! Sie hängen am Leben wie wir alle,
und sie haben den Willen zum Leben. Sie haben aber

auch das Recht zum Leben, ein Recht, das um so größer ist, als die Wiederherstellung der alten Vermögenswerte und Ersparnisse nicht nur ihren rechtmäßigen Besitzern, sondern dem Gesamtvolke zugute kommen wird. Diese Werte sind durch Inflation und Aufwertung nicht vernichtet, sondern nur umgruppiert worden und haben dadurch ihre Aufgabe, das Wirtschaftsleben zu befruchten, seit Jahren nicht erfüllen können.

Immer weitere Kreise von Wirtschaftssachverständigen verlangen heute die Wiederherstellung der Kaufkraft des Volkes zwecks Belebung des deutschen Binnenmarktes, worin sie eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Belebung der Wirtschaft und damit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit sehen. Auch die zuständigen Stellen verschließen sich dieser Einsicht nicht; hat man doch bei den Verhandlungen über die kommende Neuordnung der Hauszinssteuer, wozu die Regierung die verschiedenen Interessengruppen eingeladen hatte, erstmalig auch die Vertreter der Altsparrer, d. h. der alten Hypothekengläubiger, gehört und deren Vorschläge als sehr beachtlich in Erwägung gezogen (die Entscheidung steht noch aus), sind doch selbst die Vertreter wichtiger Schuldnerorganisationen zu der Erkenntnis der Notwendigkeit einer sparerfreundlichen Politik gekommen, weil ohne sie die Wirtschaftskrise, die in weitestem Maße als Vertrauenskrise erkannt wird, nicht überwunden werden kann.

Man kann und wird darum um die Aufrollung der Aufwertungsfrage nicht herumkommen (bei der Neuordnung der Hauszinssteuer ist man ja schon mitten drin!), man stoße sich darum nicht an der zwar eingebürgerten, aber sachlich unrichtigen Bezeichnung „Aufwertung“, die bei vielen ein Gefühl des Unbehagens auslöst, man spreche stattdessen richtiger von Wiederherstellung, Wiedereinschaltung, Mobilisierung des alten Volkseigentums zwecks Zuführung neuer Kaufkraft an die breiten Massen. Wir haben das erste Rentnerversorgungsgesetz, das unseren Rentnern statt Fürsorge einen Rechtsanspruch geben soll, nur deshalb noch nicht, weil es ohne die Behebung der Aufwertungsfrage, die man vermeiden wollte, nicht zu schaffen ist. Jetzt ist die Zeit nicht nur reif geworden für beides, Aufwertungs-Neuregelung und Rentner-Versorgung, sondern diesen Ruf überhören, würde bedeuten, an Notwendigkeiten vorbeigehen, deren Nichtbeachtung sich bitter rächen würde.

Beide werden kommen, weil sie kommen müssen, aber inzwischen dürfen die Rentner nicht der Verzweiflung anheimfallen, nicht weiter das Opfer ihrer materiellen und seelischen Nöte werden, wie schon so viele ihrer Leidens- und Kampfgenossen; inzwischen ist es selbstverständliches Gebot von Menschenliebe und Christenpflicht, amtliche Fürsorge so zu gestalten und private Wohltätigkeit so anzugewinnen, daß unsere Rentner, deren Fleiß und Sparsinn die deutsche Vorkriegswirtschaft aufgebaut und zur Blüte geführt haben, wenigstens vor dem allerschlimmsten bewahrt werden.

E. Teuffert-Hamburg-Wbg.

Pazifistisch — international.

Ich höre — in einem Hotel in den Bergen — die Unterhaltung einer deutschen Dame mit einem Franzosen an. Dabei wächst in mir von Minute zu Minute der Wunsch, daß zwischen allen Gliedern unseres Volkes ein solch glänzendes Einverständnis herrschen möge wie zwischen diesen beiden. Die Dame ist Pazifistin und ist voller Empörung über die deutschen Zeitungen, die ununterbrochen zum Kriege hetzen, und über die Verheerung der Jugend, die ganz militärisch erzogen wird. Das Gespräch drehte sich hauptsächlich um Deutschland; die entsprechen-

den französischen Verhältnisse werden nur ganz flüchtig berührt. Als ich dies alles lange genug mit angehört habe, mische ich mich in die Unterhaltung und bitte, mir doch zu sagen, welche Zeitungen denn in solchem kriegslustigen Sinne arbeiten. Ich werde von der Dame belehrt, daß alle rechtsstehenden Zeitungen darin ihre Hauptaufgabe erblicken, und daß alle Jugendbünde der Rechtsparteien nur die Erziehung zum Militarismus bezwecken. Ich frage, ob sie nicht vielleicht die Erziehung zu körperlicher Tüchtigkeit und Straffheit, die man wieder an Stelle der trostlosen Schlappheit in Haltung und Wesen zu sehen wünscht, mit militärischem Drill verwechselt, und ob sie nicht glaubt, daß der geschmälerte Militarismus allerlei Eigenschaften in sich birgt, die wir im heutigen Deutschland schmerzlich vermissen und der deutschen Jugend, allein vom Standpunkt der Charakterbildung aus gesehen, wünschen müssen. Aber sie bleibt bei ihrer Auffassung; sie ist überzeugt, daß, wie wir schon einmal den Krieg hervorgerufen haben durch den unförmigen ganzen Volke aufgezogenen, in der ganzen Welt unliebsam bekannten Charakter, wir durch seine Pflege erneut eine Katastrophe hervorrufen würden. Ich sage, daß nach meiner Ueberzeugung eine Katastrophe nur in ganz anderem als in dem von ihr befürchteten Sinne heraufbeschworen werden kann. Wir sind an irgendeiner möglichen Katastrophe schuldig nur durch den Mangel an nationaler Würde und Ehre, durch den wir andere Nationen systematisch herausfordern, uns alles zu bieten, was sie in einer beneidenswerten nationalen Geschlossenheit für das eigene Land mit Zähigkeit und Zielbewußtheit erstreben, seit Jahrzehnten vor dem Kriege erstrebt haben. Hier empfiehlt sich der französische Herr höflich, im Gegesatz bemerkend, daß leider wohl überall viel Feindseligkeit und Kriegsbereitschaft genährt wird, und ich, mit meiner pazifistischen Landsmännin zurückgeblieben, bemerke, daß der Geist, den sie schildert, wohl auf Frankreich, nicht aber auf unsere Verhältnisse passe, ja, daß ein so konsequentes, einmütiges, skrupelloses Denken und Handeln unserem Charakter überhaupt nicht entspreche. Ich frage sie, ob sie nicht weiß, daß seit dem Kriege Frankreich alle Versuche, in Bahnen einzulenken, die nicht zur Katastrophe treiben, unerschütterlich zurückgewiesen hat, wenn auch mit einem Schwall von Phrasen, der seine eigentlichen Absichten und Pläne glänzend verhüllt und Frankreich mit einem Glorienschein, der aus den höchsten Idealen genoben ist, umgibt. „Sie können Frankreich nicht seine tönende Sprache zum Vorwurf machen wollen“, fährt sie empört auf. „Nein“, sage ich, „aber die Lügen, zu denen es offiziell seine Sprache mißbraucht, und den Krieg, den es unter dem Deckmantel seiner Friedenslügen seit 13 Jahren führt, während es unter eben diesem Deckmantel auch zum Kriege mit den Waffen rüstet. Oder sollte es Ihnen unbekannt sein, daß es seine Oligarchie in eine einzige starrende Festung verwandelt hat und daß das ganze Volk zum Waffendienst verpflichtet ist und ausgerüstet wird?“ „Es ist eben Tatsache“, sagt sie, „daß das französische Volk in seinem leicht erregbaren Temperament von der Furcht vor deutschen Angriffen, denen es mehrmals ausgesetzt gewesen ist, durchdrungen bleibt, und daß dem Rechnung getragen werden muß.“ „Ja“, sage ich, „man trägt dem Rechnung, indem man in den französischen Schulbüchern die Kriegslüge und die Lügen von den deutschen Kriegsgreueln lebendig erhält und sie der jüngsten Generation in allen Einzelheiten einimpft; man trägt ihm Rechnung, indem man die französischen Staatsmänner mit ihren Reden den Geist des Hasses und der Rache nähren läßt und indem man die Presse in den Dienst des gleichen Gedankens stellt.“ Aber sie wirft ein, daß ich das alles ja wohl nur aus deutschen Zeitungen oder sonstigen Berichten wisse,

und daß man daher durchaus nicht von der Richtigkeit der angeblichen Tatsachen überzeugt sein brauche, da die tendenziöse Färbung immer in Rechnung gebracht werden müsse und sie sich nur durch objektive Darstellungen in ihrem Urteil leiten lassen könne. „Gut“, sage ich, „aber angenommen, daß in Deutschland der Geist der Rache und des Hasses und der Kriegsbereitschaft herrscht, der nach meiner Ueberzeugung in Frankreich regiert und trotz aller Versöhnungskonferenzen und Verträge dort glühend geschürt wird, während bei uns noch nicht einmal Regierung und Volk einheitlich Front machen gegen die unerträgliche Kriegsschuldfrage mit all ihren Folgen, an denen wir verbluten — halten Sie es denn für richtig, einem Franzosen das alles zu sagen, ihn Blicke in ein Deutschland tun zu lassen, wie Sie es sehen, und Ihr Vaterland so bloßzustellen?“ „Ich bin auch Deutschland gegenüber objektiv“, sagte sie, „ich kann nicht blind sein gegen die Fehler der Deutschen und dafür die Fehler der anderen Völker um so schwärzer sehen; ich sehe auch auf der anderen Seite das Gute und Berechtigte.“ „Sie sind sehr im Irrtum“, sage ich, „wenn Sie annehmen, daß die Liebe zu Volk und Vaterland blind gegen seine Fehler und die Vorzüge der anderen machen müßte. Mir wenigstens geht es so, daß je stärker und heißer meine Liebe zu Deutschland im Laufe der verronnenen schweren Zeit geworden ist, ich desto schmerzlicher leide unter den Fehlern und Schwächen, die wohl immer latent vorhanden gewesen sind, jetzt aber erschütternde zu Tage treten im Verein mit einer Denk- und Handlungsweise, die man nie für möglich gehalten hätte, und fast mit Neid blickt man auf andere Völker, in denen sich Kräfte zeigen und Möglichkeiten entwickeln, die man dem eigenen Volke brennend wünscht.“ „Im Frieden könnte sich vieles entwickeln, was durch Krieg und Kriegsgehe zerstört wird“, sagt sie, „darum wollen wir Pazifisten ja den Krieg ächten und unmöglich machen, unsere ganze Arbeit zielt dahin.“ „Aber Sie fangen am verkehrten Ende an“, sage ich, „bei Deutschland, mit dem man seit 17 Jahren auf alle Weise Krieg führt, und zwar nicht, um Frieden zu bringen, sondern um ihm für alle Zeit den Lebensodem zu nehmen. Und die deutschen Pazifisten, ihre Führer an der Spitze, bieten dazu die Hände, im Kleinen wie Sie so eben, und im Großen.“ „Es geht nicht ohne Leiden eines einzelnen ab, wenn dem Ganzen geholfen werden soll“, sagt sie, „und übrigens leiden die andern Völker auch.“ „Aber nicht dadurch, daß die eigenen Volksgenossen das Unrecht der anderen Recht nennen und das Recht des eigenen Volkes auf Gleichheit und Freiheit nicht sehen wollen. Sind Sie etwa der Meinung, daß die sogenannte Friedensarbeit der Pazifisten von Erfolg sein kann, während das Versäufeln Diktat, dieses Werk des Hasses und der teuflischen Bosheit, von seinen Urhebern mit aller Gewalt aufrecht erhalten wird, obwohl seine verheerenden Folgen sich schon in der ganzen Welt zeigen?“ „Sie können doch unmöglich den Versäufeln Vertrag umstoßen wollen?“ „Sie können doch unmöglich das Versäufeln Diktat aufrecht erhalten wollen? Wenn die Arbeit der Pazifisten dahin zielt, so geht die unserer nationalen Parteien dahin, an die Stelle dieses schändlichen Vertrages sobald wie möglich einen anderen, den tatsächlichen Rechtsverhältnissen, die ja inzwischen auch in feindlichen und neutralen Ländern genügend geklärt sind, entsprechenden Vertrag zu setzen. Und das ist wahre Friedensarbeit; erst dann würde es wie eine Befreiung und Befriedung durch die Welt gehen.“ „Frankreich kann und wird das niemals zugeben“, sagte sie, mitleidig lächelnd. „Ja, das wird außerordentlich schwer sein, das zeigt die Haltung Frankreichs alle Tage und mehr noch die ganze Psyche Frank-

Raminsky-Konzert des Musikvereins.

Was in den letzten Monaten unter großen Opfern an Zeit und Kraft in mühevoller Arbeit der Chor des Musikvereins sich zum Ziele gesetzt hatte — Sonntag, den 6. Dezember, ist es Ereignis geworden. Die besondere Prägung des Abends war, daß ausschließlich Werke von Heinrich Raminsky zur Aufführung gelangten — daß also der Schöpfer alles Dargebotenen zugleich der Interpret seines Schaffens wurde. Dies ist bei einer so impulsiven Künstlernatur, die immer wieder die immanten Kräfte jedes Werkes „frisch wie am ersten Tag“ neu an sich selbst erlebt und in seiner Haltung beim Dirigieren restlos zum Ausdruck bringen muß — ein besonders gewagtes Unternehmen. Aber bei diesem Konzert waren die Schwierigkeiten, die aus solcher Art der Leistung, die nicht „vermittelt“, sondern selbst „Darstellung“ ist, entstehen können, dank der restlosen Hingabe des Chores, des Orchesters und aller Solisten an den vereinten Meister, vollkommen überwunden, und man hatte das Erlebnis einer künstlerischen Einheit von hohen Qualitäten. Die explosive Art dieser innerlich so reichen Musik, die sich stets rasch zur Ekstase steigert, zwingt den Chor zur Herabgabe seiner ganzen, allerletzten Kraft und fordert Ungeheures an rhythmischer Konzentration und rein physischer Anstrengung. Es war bewundernswert, wie diese Forderungen erfüllt wurden und so der Chor zu einem elastischen und feinnervigen Instrument wurde, das jedes Wollen des Leiters verstand und wiedergab. Ganz herrlich fügte sich da hinein der wundervolle Sopran der Amalie Metz-Tunmer, München. Es ist nicht möglich, hier all den Kostbarkeiten nachzugehen, die diese Stimme uns schenkte; man scheut sich, einzelnes zu nennen. Nur zwei Gipfelpunkte seien erwähnt: Das zweite der Lieder, die von Violine (Konzertmeister Schaefer) und Klarinette (Herr Krebs) zart und lebendig begleitet wurden — „Eine Mutter singt“ war von überwältigender Eindringlichkeit und Schönheit, und noch weit darüber hinaus, bis in die Gefilde der Seligkeit, trug uns der Gesang bei dem „Ecce enim — omnes generationes“ — aus dem Magnifikat; hier führte die berückende Süßig-

keit der Musik, des Orchesters, über der die Stimme in selbsterregter Inbrunst sich zu Himmels Höhen erhob, zum vollendeten Ausdruck höchster, demutvollster Freude und Verückung. Da war unsagbar „schön“. Eine besonders dankbare Aufgabe hatte die Viola des Herrn Faus, der mit seinem schönen Spiel den Sologesang mit seinem Rankenwerk umgab.

Frau Johanne Egli-München, an der Orgel durch Herrn Schwarz begleitet, übernahm mit ihrer schönen Altstimme, die trotz einer gelegentlichen Sprödigkeit den Gefängen des Triptychons mit bestem Klang gerecht wurde, im letzten Augenblick die Aufgabe des erkrankten Baritons Bronsgeest, dessen Partie im Jenatsch Herr Raldevier-Bodum als prima-vista-Leistung zu bewältigen hatte, was ihm mit Temperament und Schwung gelang. Der Tenorist Joseph Witt-Röhl führte das große Solo im 69. Psalm mit großer Sicherheit und dem Chor gegenüber mit sieghafter Kraft aus, wobei die Heiligkeit seines Organs besonders eindrucklich war. Erfreulich gelang den tapferen Jungens der Knabenchor, durch das kleine Unglück in der Generalprobe durchaus nicht mutlos gemacht, in der Hauptaufführung und ließ seinen cantus firmus wie eine Sonne in das Brausen des Schlusschores hineinstrahlen.

Das also war der begeisterte und von starkem Willen zur Tat durchdrungene Klangkörper, der, unterstützt vom prachtvoll musizierenden städtischen Orchester, dem Dirigenten zur Verfügung stand.

Fünf Werke erstanden vor den Hörern: 1. Introitus und 2. Akt aus der Oper „Jürg Jenatsch“. Der Chor hat in diesem Werk offenbar die Aufgabe, die er in der griechischen Tragödie zu lösen hatte: Er liegt außerhalb der Handlung, als Träger und Sprecher all der Probleme, die im Verlauf des dramatischen Geschehens wach werden. Diese Chorgefänge waren das Befentliche im gebotenen Teil der Oper. Der allzu rasch dahinfließende Dialog war wenig eindrucksvoll bis auf Einzelheiten beim Gesange der Zuhreiter. Hierbei war auch die Orchesterbehandlung rein registativisch. Es folgten „Drei geistliche Lieder“, Singstimmen, Violine und Klarinetten umspannen ein-

ander in gleicher Stimmungsebene, ohne daß die Struktur einer beabsichtigten Form erkennbar gewesen wäre. Das Inhaltliche des Textes wurde dabei bis in das einzelne Wort hinein musikalisch illustriert. Diese Feststellung sei hier zugleich auf die Gesamthaltung alles an Abend Gebotenen ausgebeutet. Der Höhepunkt des Abends war das Magnifikat. Reizend die Orchestereinleitung, bei der wie aus dunkler ferner Wolke erst einzelne Lichtstrahlen brachen, die sich immer mehr verdichteten und schließlich aus hellstem Glanz heraus der Engelsgefang „Ave Maria...“ vom Fernrohr ertönen ließ. Wundervoll der Wechselgesang zwischen Solo und Chor der das „Osanna in excelsis“ und „Sanctus“ und zum Schluß das „Gloria patri“ in das große „Magnifikat“ hineinleuchteten ließ.

Bei dem Triptychon zeigte sich dieselbe Primitivität des Musizierens. Die drei (textlich wundervollen) Gefänge wirkten wie große, allerdings vom Reichtum immer neuer Einfälle vertiefte Rezitative, die, offenbar bewußt, auf jede traditionelle Form verzichteten. Endlich der 69. Psalm! Der Einleitungschor — grandios. Der gewaltigste und schönste Chor des ganzen Abends, meisterhaft im Aufbau, beweisend, daß Raminsky die größte Form mit glühendem Leben erfüllen kann — wenn er muß. Der allzu massive Schluß gestattete sich Anlehnungen an Wagnerische Orchesterbehandlung und war das einzige Stück des Konzerts, bei dem es dem Komponisten nicht gelang, über eine, allerdings sehr starke, „äußerliche“ Wirkung hinauszukommen.

Primitiv ist diese Musik, als Ganzes gesehen, trotz der scheinbaren Kompliziertheit des Gefüges. Ein glutvolles, fast titanisches Drauflosmusizieren unter glänzender Beherrschung der Mittel. Da ist nicht viel Reflexion; das Wort des Textes läßt die Einfälle strömen, die oft sich drängen und manchmal nur so hingeworfen sind, weil sie zu schnell erfolgen. Primitiv, weil es sehr, sehr oft den ursprünglichsten Eindruck macht, als sei die Musik ganz kindlich zu ihrem Quell und Ursprung, zu Gott zurückgekehrt und gewänne von Ihm neue Kraft.

J. P. Seiler.

reichs, d
vielleicht
reichs ab
ob wir
durch ih
gewinnt
Schutz d
dens, de
Grund,
pazifisti
nichts ge
ein ande
oder jen

Ne
Schluß

Reich
funden
abgeschl
Notwend
Die
nung de
und Fin
8. Dezem
Abkürz
Nac
präsident
Goerdels
heit und
in der
Reich
K u n g
präsident
Bon
gegliche

gewidme
lung ge
Im
Sentung
gellen a
binett h
Der M
hinausg
schreiber
Der J
Es ist
Rohlepr
Das
ge n ü
senkung
zufällig
Hie
nahme,
werden
Zahres
W
betrifft,
gegentl
Reiches
Papier
Die
zent od
mehr a
Diese L
briefe,
der Du
Papier
Der
Bereinh
der D
nen ein
das Re
Verhan
des Vor
worden.
Me
Der
nungszi
einen C
Da
ermäßig
densmi
kompliz
teilig u
Grundf
mäßig
denlich
Abbau
und sch

Die
wird zu
später
folgend
ganz v
sicherge
lofort a
Die
absegun
nicht m
bigung
für gen

reichs, deren Ausfluß seine Handlungsweise ist. Aber vielleicht hängt alles nicht allein vom Willen Frankreichs ab. Von unser aller Willen hängt es jedenfalls ab, ob wir eine nationale Einheitsfront bilden wollen, die durch ihre Entschlossenheit fremden Völkern Achtung abgewinnt und in ganz anderem Maße wie bisher auf den Schutz deutschen Lebens, deutschen Geistes, deutschen Bodens, deutscher Rechte bedacht ist. Wir haben wahrlich Grund, unserem Vaterlande dankbar zu sein. „Ich bin pazifistisch-international“, sagt sie, „Deutschland hat mir nichts gegeben, wodurch es mir mehr wert sein müßte als ein anderes Land. Es ist ein Zufall, daß man in diesem oder jenem Lande geboren ist; im anderen Falle würden

wir anders denken.“ „So können Sie doch unmöglich denken und fühlen!“ rufe ich aus, „wir leben und zehren von dem Erbgut von Jahrtausenden.“ „Gestatten Sie, daß ich darüber meine eigenen Ansichten habe“, sagt sie aufsteigend; „ich darf Ihnen jedoch wohl in Erinnerung bringen, daß ich nicht allein stehe mit meinen Anschauungen, und daß es Ihnen schwer fallen möchte, eine geschlossene nationale Front zu erreichen; die engen Grenzen vaterländischer Gesinnung sind für viele durch größere Gesichtspunkte überwunden.“ Damit verneigt sie sich und verläßt mich und alles, was ich ihr noch sagen möchte. Es wäre doch verloren! M. Schröder.

Debatte im VZ-Ausschuß

Bericht Dr. Melchior — Frankreich erstrebt eine Zwischenlösung.

— Basel, 9. Dezember

In einer neuen Sitzung des Beratenden Sonderausschusses der Bank für internationalen Zahlungsausgleich berichtete der deutsche Vertreter Dr. Melchior über die Entwicklung der deutschen Finanz- und Wirtschaftslage unter Berücksichtigung der neuesten Zahlungsbilanz. An diese Ausführungen schlossen sich dann Fragen einzelner Mitglieder des Ausschusses. Zu Grunde liegt diesen Beratungen das von der deutschen Delegation dem Ausschuß überreichte Material.

Man nimmt an, daß auch in den nächsten Sitzungen der deutsche Delegierte die schriftlichen Berichte erläutern und Auskünfte an die Ausschußmitglieder erteilen wird. Um eine bessere Unterrichtung der Öffentlichkeit zu ermöglichen, wurde jetzt auch ein Presseauschuß eingesetzt, dem Dr. Melchior-Deutschland, Sir Layton-England und Prof. Rist-Frankreich angehören.

Ueber die französische Politik im Beratenden Ausschuß unterrichtet eine Havasmitteilung, in der es u. a. heißt:

„Die französische Regierung ist der Auffassung, daß irgend eine Änderung der im Youngplan festgelegten Grundzüge nur bei gleichzeitiger Herabsetzung der zwischen den Regierungen bestehenden Schulden möglich ist. Frankreich nimmt die deutsche Forderung (?) an, die Lage im Reich im Rahmen des Youngplanes zu untersuchen. Da die Weltkrieße die deutsche Zahlungsfähigkeit zum Teil erlöschend erscheinen läßt, erkennt Frankreich die Notwendigkeit an, dem Reich zu Hilfe zu kommen und wird dem Geiste des kürzlich in Washington veröffentlichten Communiqués entsprechen. Hinsichtlich der Arbeiten des Baseler Ausschusses hat sich Frankreich seine Handlungsfreiheit bewahrt, da ihm der Text der deutschen Forderung nicht zu endgültiger Einwilligung unterbreitet worden ist. Es prüfte die Notwendigkeit,

das gegenwärtige Moratorium im Geiste von Zugeständnissen an die deutsche Lage zu verlängern;

Frankreich besteht jedoch auf Aufrechterhaltung der Reparationszahlungen, da kein Beweis dafür gegeben ist, daß Deutschland ständig in einem Krisenzustand bleiben wird. Im Hinblick darauf, daß die Finanzschwierigkeiten des Reiches nicht geeignet sind, um eine endgültige Prüfung vorzunehmen, kann sich die gegenwärtige Untersuchung nur mit einer vorübergehenden Lage befassen und durch nur eine in weite Maße Maßnahmen in Abhilfe schaffen. Erst in einer späteren internationalen Konferenz wird man dann die Zahlungsfähigkeit zu prüfen haben. Die französische Regierung lehnt es ab, die Priorität der kurzfristigen Schulden anzuerkennen, bemerkt aber, daß die Frage in Wirklichkeit überhaupt nicht zur Debatte steht, denn Reparationen und Prioritätsschulden sind nur Elemente des Fundamentproblems der Zahlungsfähigkeit und der Achtung vor den Verbindlichkeiten. Schließlich betont die französische Regierung die Notwendigkeit, daß der Beratende Sonderausschuß für die Durchführung der ins Ausland geflüchteten deutschen Kapitalien eintritt.“

Diese Veröffentlichung soll offenbar dartun, daß Frankreich bereit ist, „mitzuarbeiten“. Ueber die Art dieser Mitarbeit darf freilich kein Zweifel aufkommen: bei allen Zugeständnissen ist sie höchst unzulänglich! So unklar die gemundene Auslassung der Havas-Agentur auch ist, darin ist sie klar, daß die französische Regierung grundsätzlich Deutschlands Tributverpflichtung aufrechterhalten will. Würde diese Forderung aber erfüllt werden, dann wäre nicht einzusehen, wie in dieser Lage höchster Unsicherheit die Welt wieder zur Ruhe und zum Wohlstand kommen soll.

„Die Reparationen haben ausgespielt“

— New York, 9. Dezember

George P. Naud, der frühere Hauptreferent der Reparationskommission, führte in einer Rede aus, die Reparationsfrage bilde nach wie vor einen gefährlichen, beunruhigenden Faktor in den internationalen Beziehungen und eine ständige Bedrohung der Weltstabilität, bis die Reparationen gestrichen oder wenigstens erheblich herabgesetzt seien. Die Reparationen hätten einfach ausgespielt. Er habe errechnet, daß die deutschen Zahlungen seit 1918 dem Gegenwert einer Kapitalsumme von drei Milliarden vierhundert Millionen Dollar plus fünf Prozent Zinsen entsprechen. Es sei Zeit, reinen Tisch zu machen. In Deutschland wachse eine neue, starke Generation heran, der die eiserne Notwendigkeit nichts bedeute, der ihre Väter im Verfallener Spiegel sahen im Jahre 1919 gegenüberstanden. Es sei nicht länger einträglich, zu versuchen, eine hochzivilisierte, starke und sich selbst achtende Nation von 65 Millionen an fortgesetzte Kriegszahlungen zu binden.

Heßens Landtag eröffnet.

Der Nationalsozialist Dr. Werner zum Präsidenten gewählt.

— Darmstadt, 9. Dezember

Der neugewählte heßische Landtag wählte in seiner Eröffnungssitzung den Abgeordneten Dr. Werner-Buchbach von der nationalsozialistischen Fraktion mit 40 Stimmen zum Präsidenten. Für den bisherigen sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Delp wurden 16 Stimmen abgegeben, der Kommunist Keil erhielt 12 Stimmen. Das Zentrum stimmte für Dr. Werner.

Dr. Werner nahm die Wahl an und erklärte, er werde sein Amt unparteiisch führen. Als Vertreter der größten Partei Deutschlands und des Hauses werde er gemäß den Grundgesetzen seiner Partei auf legalem Wege das tun, was unter der Hand des Präsidenten gesetzgebend zu formen bleibe.

Stellvertretender Präsident wurde der Zentrumsabgeordnete Wetler, zweiter stellvertretender Präsident der Sozialdemokrat Delp.

Staatspräsident Dr. Abelung stellte dann die Aemter des Gesamtministeriums zur Verfügung. Präsident Werner forderte daraufhin namens der Nationalsozialisten eine Beratungspause, um eine politische Aktion vornehmen zu können.

Zu der Sitzung waren alle Abgeordneten erschienen, mit Ausnahme des durch die Borgeheimer Affäre bekanntgewordenen früheren Nationalsozialisten Schäfer, der sich durch Krankheit entschuldigt hatte.

Neue Opfer.

Notverordnung unterzeichnet.

Schlussvortrag des Kanzlers. — Dr. Goerdeler wird Preislenkungskommissar.

— Berlin, 9. November.

Reichspräsident von Hindenburg empfing in den Abendstunden des Dienstags den Reichskanzler Dr. Brüning zum abschließenden Vortrag und unterzeichnete danach die neue Notverordnung.

Die Notverordnung trägt den Titel: „Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931.“ Eingeteilt ist die Verordnung in neun Abschnitte. Insgesamt umfaßt sie 47 Seiten.

Nach dem Vortrag des Reichskanzlers empfing Reichspräsident von Hindenburg noch den Oberbürgermeister Dr. Goerdeler-Leipzig und bat ihn, im Interesse der Allgemeinheit und der schnellen Durchführung der Preislenkung das in der neuen Notverordnung geschaffene Amt eines Reichskommissars für die Preisüberwachung zu übernehmen. Dr. Goerdeler hat sich dem Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt.

Von den neun Abschnitten, in die die Notverordnung gegliedert ist, enthält der erste, der

Preis- und Zinslenkung

gewidmete Abschnitt Einzelbestimmungen über die Anpassung gebundener Preise an die veränderte Wirtschaftslage.

Im allgemeinen handelt es sich um eine 10prozentige Senkung. Wenn diese Senkung nicht durchgeführt wird, so gelten alle Vereinbarungen als Null und nichtig. Das Kabinett hat sich aber nicht entschlossen, die Kartelle aufzulösen. Der Wirtschaftsminister kann über diese Grenze aber noch hinausgehen und den Zeitpunkt für die Herabsetzung vorschreiben.

Der Preis für Kohle und Kalk wird ab 1. Januar ebenfalls um zehn Prozent gesenkt.

Es ist auch Vorfrage getroffen, daß die Herabsetzung des Rohpreises sich im Kleinhandel auswirkt.

Das zweite Kapitel enthält einen „Schutz gegen über Teuerung“, das dritte behandelt die Zinslenkung und das letzte die Aufhebung der Steuer-Vorzugszuschläge und Senkung der Steuerzinsen.

Hierbei handelt es sich um eine sehr wesentliche Maßnahme, denn die hohen Zinsen für rückständige Steuern werden abgeschafft und das Reich berechnet 12 Prozent Jahreszinsen von den Steuerrückständen.

Was die

Einzelheiten der Zinslenkung

betrifft, werden die Zinsen für die festverzinslichen Papiere gesenkt, und zwar sowohl die Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder und der Kommunen als auch privater Papiere dieser Art.

Die Zinslenkung soll durchgeführt werden bei acht Prozent oder weniger auf sechs Prozent, bei Zinsätzen von mehr als acht Prozent im Verhältnis von acht zu sechs. Diese Regelung gilt auch für Hypotheken und Pfandbriefe, und es wird ausdrücklich unterstrichen, daß die Art der Durchführung von vornherein eine Schwächung solcher Papiere ausschließt.

Der Reichskommissar für das Bankgewerbe wird durch Vereinbarung mit den Spitzenverbänden eine Senkung der Debetzinsen herbeiführen. In den Fällen, in denen eine Vereinbarung nicht möglich ist, hat der Kommissar das Recht, von sich aus Festsetzungen zu treffen. Durch Verhandlungen mit der Reichsbank ist eine Annäherung des Lombardzinsfußes an den Wechselzinsfuß herbeigeführt worden. Die Senkung beträgt zunächst ein Prozent.

Mietlenkung für Alt- und Neubauwohnungen.

Der zweite Teil der Notverordnung behandelt die Wohnungszwangswirtschaft und beginnt mit Bestimmungen über einen Geldwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken.

Das zweite Kapitel betrifft die Mietlenkung, und zwar ermäßigt sich die gesetzliche Miete um 10 Prozent der Friedensmiete. Bei Neubauten ist die Bestimmung schon etwas kompliziert. Dort ermäßigt sich die Miete ab 1. Januar anteilig um den Betrag, um den die laufende Belastung des Grundstückes nach den Vorschriften über die Zinslenkung ermäßigt wird. Das nächste Kapitel behandelt die außerordentliche Kündigung von Mietverträgen. Ein weiteres der Abbau und die Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft und schließlich die Beamtenheimstätten.

Abbau der Hauszinssteuer.

Sofortige Ablosbarkeit.

Die Hauszinssteuer soll allmählich abgebaut werden. Sie wird zunächst zum 1. April um 20 Prozent gesenkt, dann später für die Jahre 1935 und 1936 auf 75 Prozent, für die folgenden Jahre auf 50 Prozent, sodas sie am 1. April 1940 ganz verschwindet. Dieser Abbau wird zunächst dadurch sichergestellt, daß die Hauszinssteuer nach bestimmten Sätzen sofort abgelöst werden kann.

Die obige Mietlenkung ergibt sich aus der Herabsetzung der Hypothekenzinsen. Wo die Zwangswirtschaft nicht mehr besteht, ist die Möglichkeit der einmaligen Kündigung vorgesehen, und zwar zum 1. April, das gilt auch für gewerbliche Räume.

Der dritte Teil der Notverordnung betrifft

Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangs-vollstreckung

und enthält als eine der wesentlichen Bestimmungen die Anordnung, daß auf Antrag eines Schuldners eine Zwangsversteigerung von Grundstücken auf sechs Monate ausgesetzt werden kann.

Der 4. Teil befaßt sich „sonstige wirtschaftliche Maßnahmen“ und beginnt mit steuerlichen Erleichterungen für die Aufteilung von Gesellschaften. Dabei handelt es sich um gewisse Ermäßigungen der Grunderwerbs- und Gesellschaftsteuer. Ein weiteres Kapitel behandelt die Einheitsbewertung. Kapitel 3 hebt die Mineralwassersteuer bis zum 31. Dezember nächsten Jahres auf. Kapitel 4 betrifft den Fonds für gewerbliche Genossenschaften. Das nächste handels-, gewerbe- und börsenrechtliche Vorschriften. Es ist im wesentlichen eine Ermäßigung, die Gewerbeordnung der neuen Wirtschaftslage anzupassen und neue Bestimmungen in das Bilanzgesetz zu fügen. Das 6. Kapitel sieht die Ausprägung von 4-Pfennig-Stücken vor. Ferner enthält der Teil Änderung der Vorschriften über das Haushalts- und Schulwesen aus der Oktober-Verordnung und im Schlusssatz werden Spar- und Girokassen, kommunale Kreditinstitute und Giroverbände sowie Girozentralen behandelt.

Aufhebung der Tarifverträge.

Der 5. Teil der Notverordnung ist der Sozialversicherung und Fürsorge gewidmet. Hier werden die Themen: Krankenversicherung, Unfallversicherung, Knappschaftsversicherung, gemeinsame Vorschriften, Fürsorgemeasures usw. behandelt.

Der 6. Teil über die arbeitsrechtlichen Vorschriften enthält nur 2 Kapitel, und zwar 1. über die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten und 2. soziale Maßnahmen. Das Wesentliche daran ist, daß alle Tarifverträge, am Tage des Inkrafttretens der Notverordnung gefällig werde mit der Maßgabe, daß die Lohn- und Gehaltsätze auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden.

Der 7. Teil behandelt die Sicherung der Haushalte, das erste Kapitel bringt die

Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent.

das zweite behandelt die Vorauszahlung der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Kapitel 3 sieht Bestimmungen über eine „Reichsfluchtsteuer“ und sonstige Maßnahmen gegen Kapital- und Steuerflucht vor. Zu diesem Teil gehört ferner eine Börsenumsatzsteuer bei Kompensationsgeschäften, ein Sonderkapitel über die Realsteuer der Gemeinden und schließlich

die Gehaltskürzung für die Beamten ab 1. Januar.

Die Löhne und Gehälter in Reich, Ländern und Gemeinden sollen bei den Beamten um neun Prozent und bei den Arbeitern um zehn Prozent gesenkt werden. Die neunprozentige Kürzung der Beamtengehälter wirkt sich praktisch ebenso aus wie die zehnprozentige Kürzung der Arbeiterlöhne, da als Grundlage für die Kürzung bei den Beamten das ursprüngliche Grundgehalt genommen wird, während bei den Arbeitern vom gegenwärtigen Lohnstand ausgegangen wird.

Der 8. Teil heißt „Schutz des inneren Friedens“. Er bringt Maßnahmen gegen den Waffennißbrauch, ferner ein allgemeines Uniformverbot für alle Verbände. Ein weiteres Kapitel bringt die Verstärkung des Ehrenschutzes und schließlich ist ein Wehrnachtsfriede ab sofort bis zum 3. Januar vorgeordnet.

Fünf Millionen überschritten.

Der Stand der Arbeitslosigkeit im Reich.

— Berlin, 9. Dezember.

Die Zahl der Arbeitslosen nahm um rund 214 000 zu und betrug am 30. November nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter rund 5 057 000.

Der überwiegend jahreszeitliche Charakter der Bewegung kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Saisonaußenberufen um 7,7 vom Hundert, in den übrigen Berufsgruppen nur um 2,4 vom Hundert gegenüber dem Stande vom 15. November zugenommen hat. Seit dem sommerlichen Tiefstand war in diesem wie im vorigen Jahre eine Zunahme der Arbeitslosenzahl um etwa 1,1 Millionen zu verzeichnen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger belief sich am 30. November insgesamt auf rund 2 772 000. Im einzelnen betrug sie in der Arbeitslosenversicherung rund 1 366 000 und hat seit Mitte des Monats eine Steigerung um rund 118 000 erfahren; Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge wurden, nach einer Zunahme um rund 24 000, Ende des Monats rund 1 406 000 gezählt.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags behandelte den Einspruch des Reichsrats gegen den Gesetzentwurf über Zuschläge zur Einkommensteuer der Aufsichtsratsmitglieder. In der Abstimmung wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, der Christlichsozialen und der Bayerischen Volkspartei der Einspruch zurückgewiesen.

Hoovers Kongreßbotschaft

Die Rückwirkungen der deutschen Krise. — Für allgemeine Abklärung. — Keine Abtragung der Zollmauern.

— Washington, 9. Dezember.

Präsident Hoover beschränkte sich in seiner Jahresbotschaft, mit der der 72. Kongreß der Vereinigten Staaten eröffnet wurde, in der Hauptsache auf Fragen der Innenpolitik. Eine eingehende Stellungnahme zu den außenpolitischen Fragen kündigte Präsident Hoover für später an, und zwar soll das im Rahmen einer Sonderbotschaft erfolgen.

In seiner letzten Botschaft führte Präsident Hoover, soweit er dabei die Außenpolitik berührte, u. a. aus, jede Bemühung um die eigene Erholung gebiete auch eine Zusammenarbeit mit den anderen Nationen zur Wiederherstellung des Vertrauens und der wirtschaftlichen Stabilität. Die Wirtschaftskrise in Deutschland und in Mitteleuropa habe im Juni das Ausmaß einer allgemeinen Krise angenommen, und es sei klar geworden, daß diese Nationen ohne auswärtige Hilfe zusammenbrechen würden. Die Furcht vor einem derartigen Zusammenbruch habe sowohl Amerikas Wertpapiermarkt als auch das Geschäft in landwirtschaftlichen Erzeugnissen erschüttert.

Es sei von größter Wichtigkeit gewesen, dabei mitzuwirken, das deutsche Volk von der unmittelbar bevorstehenden Katastrophe zu bewahren und Deutschlands Stabilität zu erhalten. Zu dem mandatorischen Konflikt erklärte Hoover, müsse eine Lösung im Geiste des Kellogg-Paktes und des Neunmächtevertrages gefunden werden. Zur Abklärungsforderung führte er aus:

„Wenn die Welt zu einer angemessenen Lebenshaltung zurückgelangen will, so muß sie sowohl die Flotten, als auch die anderen Rüstungen weiterhin vermindern.“

Eine allgemeine Revision des Zolltarifes lehnte Hoover ab. Das System scharfer Einschränkung der Einwanderung will Hoover auf eine gesetzliche Basis stellen. Ferner verlangte er eine Verstärkung der Bestimmungen über die Ausweisung von Ausländern. Im übrigen kündigte er Gesetzentwürfe für höhere Steuern als Notmaßnahme für die nächsten zwei Jahre an, desgleichen eine Erleichterung der Antitrustgesetze sowie eine Fusion der unter der Depression schwer leidenden Eisenbahnen.

8,8 Milliarden Fehlbetrag.

Unter erneuter Betonung der notwendigen Erhaltung des traditionellen Prinzips individueller Betätigung lehnte Hoover die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung ab.

Ueber die Bundesfinanzen teilte Hoover mit, der Etatsfehlbetrag habe sich Ende Juni auf etwa 8,7 Milliarden Mark belaufen und werde im nächsten Jahre etwa 8,8 Milliarden Mark betragen. Die öffentliche Schuld werde sich am Ende des laufenden Etatsjahres um rund 6,9 Milliarden Mark erhöhen. Das sei eine untragbare Situation, die unbedingt durch die Aufnahme von Anleihen und durch erhöhte Steuern korrigiert werden müsse.

Der jetzige Tagungsabschnitt des Kongresses dürfte sich etwa bis Juni 1932 hinziehen. Ueber den Juni hinaus wird der Kongreß nicht zusammenbleiben, da dann die Vorbereitung der Kampagne für die großen Wahlen im November 1932 beginnt, deren Ergebnis darüber entscheidet, ob ein Demokrat am 4. März 1933 in das Weiße Haus einzieht oder ob Hoover Präsident für weitere vier Jahre bleibt.

„Eine Schande für Frankreich“.

Der Trocadero-Krach vor der französischen Kammer.

— Paris, 8. Dezember. In der französischen Kammer kam am Dienstagabend der Trocadero-Krach zur Sprache. Die Redner der Linken bezeichneten die wüsten Tumulten als eine Schande für Frankreich. Die Regierung wurde gefragt, was sie zu tun gedenke, um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß man in Deutschland beabsichtige, die Vorgänge in einem gegen Frankreich gerichteten Film zu benutzen und daß besonders in Deutschland erneut eine starke Propaganda eingesetzt habe. Auf die Frage, warum die ganze Kundgebung nicht verhindert worden sei, erwiderte Ministerpräsident Laval, man würde ihn dann beschuldigt haben, daß

Bittere Not

geht durch die deutschen Lande. Geschäftliche Zusammenbrüche, Lohnsenkungen, Gehaltskürzungen, wachsende Arbeitslosigkeit — das sind die Male des Weges, auf dem wir schreiten.

Die schwere Krise macht vor keinem Hause, vor keiner Hütte halt. Überall hält sie Einkehr — in jedem Haushalt, in jedem Laden, in jedem Betrieb. Auch die Zeitungen wissen nicht nur in ihrem redaktionellen Teil, sondern auch hinsichtlich ihrer Abonnentenzahl ein Lied von dieser Not zu singen. Die Kaufkraft im Lande schwindet immer mehr, alle irgendwie nicht unbedingt notwendigen Ausgaben werden unterlassen — die Zeitung abbestellt. Auch der „Aufwärts“ bleibt vor Verlusten nicht bewahrt. Mancher Leser ist durch die Notlage gezwungen, vorläufig auf das Abonnement zu verzichten.

Die Feststellung dieser schmerzlichen Tatsache verbindet wir mit herzlichem Dank an alle treuen Mitkämpfer und Mitarbeiter und mit der Bitte, den Dienst, den unser Blatt zu erfüllen hat, auch weiter mit aller Liebe und Treue zu unterstützen.

Wie im Vorjahr, so legen wir auch heute wieder dem „Aufwärts“ eine Karte bei, die Gelegenheit bietet, Freunden und Bekannten durch Bestellung des „Aufwärts“ eine Weihnachts- oder Neujahrsüberraschung zu bereiten. Es wäre uns eine große Freude und Stärkung, wenn auf diese Weise die entstandenen Lücken wieder ausgefüllt werden könnten.

Und nun mit herzlichem Adventsgruß vorwärts und aufwärts!

er das Friedenswerk sabotiere und eine pazifistische Kundgebung unterdrücke.

Zusammenstöße in Peru.

10 Tote.

— London, 8. Dezember. Bei Trujillo in Nordperu kam es anlässlich der Amtseinführung des neuen Präsidenten Sanchez Cerro zu heftigen Zusammenstößen zwischen Sozialisten und der Polizei. Dabei wurden zehn Mann getötet und 13 verwundet. Die Verluste waren hauptsächlich auf Seiten der Demonstranten, die Anhänger des Sozialistenführers Aprista waren, der bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Oktober von Sanchez Cerro geschlagen wurde. In ganz Nordperu sind etwa 20 000 Arbeiter und Bauern in den Streik getreten, um gegen die Amtsübernahme des neuen Präsidenten zu protestieren.

Diskontermäßigung?

Zentralauschuß der Reichsbank einberufen.

— Berlin, 8. Dezember. Der Zentralauschuß der Reichsbank ist auf Mittwoch nachmittag einberufen worden.

Es ist damit zu rechnen, daß die Reichsbank in Verfolg der Notverordnung mit einer Diskontermäßigung den Weg für die Zinsenkung am kurzfristigen Geldmarkt bereiten will.

Dr. Eckener in England.

— Sheffield, 9. Dezember.

Dr. Eckener traf in England zu einem kurzen Besuch ein. Er wird die Luftschiffhallen bei Howden und Cardington besichtigen. Dem Besuch soll insofern Bedeutung zukommen, als man glaubt, daß Dr. Eckener die Möglichkeiten eines transatlantischen Luftschiffdienstes mit besonderer Berücksichtigung des Postverkehrs untersuchen wird. An einem der kommenden Tage wird Dr. Eckener bei dem Luftfahrtminister Lord Londonderry und den Beamten des Luftfahrtministeriums vorsprechen und vielleicht auch eine Unterredung mit dem Premierminister haben.

Weihnachtsbitter.

Je dunkler die Zeit, je heller das Licht.
Das aus dem Stall in Weißlichem bricht.
Wer seines rettenden Glanzes gewiß.
Sei Träger des Lichts in die Finsternis!

Viel Not geht um. Unsere Freunde werden zu denen gehören, die am willigsten der „Winterhilfe“ dienen. Vielleicht fällt aber doch auch in diesem Winter ein Weniges ab für die 150 Kinder in unserm Elchhof. Alles was Freude macht, ist willkommen. Geldspenden beliebe man auf das Postfachkonto 14127 Hannover des Evang. kirchl. Erziehungsvereins in Schweideln zu überweisen. Gott segne Geber und Gaben.

Schweideln (Kr. Serford), Nov. 1931.

Pastor Bellingrodt.

Weihnachtsbitter 1931.

Schon 65 Jahre lang — seit 1866 — treibt unser Asylverband seine Rettungsarbeit an gefährdeten Frauen und Mädchen, zuerst 4 Jahrzehnte in Bad Lippspringe, dann seit mehr als 20 Jahren in Ummeln, dazu seit Anfang des Jahrhunderts auch in Tecklenburg und Werther.

Die beiden letzten Jahre mit ihren 82 und 50 Plätzen sind dank ihres besonderen Charakters — für Kranke und Schwachbegabte — immer noch voll belegt. Aber die Hauptanstalt der „Evangel. Mädchenheime“ in Ummeln

mit 240 Plätzen leidet seit Ostern des Jahres an starker Unterbelegung und wird in bedenklichem Umfang von der Wirtschaftsnote unserer Tage bedroht.

Es ist uns selbstverständlich Gewissenssache, alle Ausgaben auf das unbedingt Nötige zu beschränken. Auch die Weihnachtsbescherung wird in diesem Jahre viel bescheidener gestaltet werden als je zuvor. Aber daß wir unsern 200 Heimkindern überhaupt eine

kleine Weihnachtsfreude

bereiten können, die für sie in der Notzeit der Gegenwart wenigstens einen Schimmer bedeutet, „des ewigen Lichts, das da geht herein und gibt der Welt einen neuen Schein“, dazu erbitten wir Ihre Hilfe!

Sachen erbitten wir zur Abholung durch uns an das Pfortnerhaus der Epileptischen-Anstalt Bethel bei Bielefeld, Geldspendungen auf Postfachkonto Hannover 4752 „Evangel. Mädchenheime Ummeln bei Brackwede i. Westf.“, beides mit dem Vermerk „für Weihnachten 1931“.

Carl Richter, Pastor und Vorsteher.

Weihnachtsbitter.

der Heilerziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern bei Nassau a. d. Lahn.

Notzeit und Notverordnungen haben auch in unsere Anstaltswirtschaft einschneidend und beforstetend eingegriffen. Dessenungeachtet erwarten unsere 675 Schwachsinnigen und Epileptiker Weihnachtsfreude in Weihnachtsgaben! Wer hilft mit, daß sie nicht ganz enttäuscht werden?

Wir bitten um Gaben für die Weihnachtsbescherung und danken im Voraus im Namen unserer Kinder!

Der Anstaltsvorstand: Der Direktor und Hausvater:
Martin, Dehan,
Vorsteher.

Das Postfachkonto der Anstalt ist 4000 bei dem Postfachamt Frankfurt a. M., das Bankkonto 259 bei der Nass. Landesbank Nassau a. d. Lahn.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Mittwochabend 8 Uhr: Begrüßung und Aufnahme neuer Mitglieder und Kreuzverteilung im Vereinsaal. Freitagabend: Lautenchor im Gruppenaal.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Mittwoch 8½ Uhr in Gosen Weiskreuzstunde. (Fr. Nacht.) Offen für alle Gruppen.

Donnerstag Jungvolk-Abend.

Freitag 8½ Uhr Bibelstunde in Gosen.

— Kirchenchor. Donnerstag zur gewohnten Zeit

Übungsstunde. Um vollständiges Erscheinen wird gebeten. Posaunenbuch II und III mitbringen.

— Donnerstagabend 8½ Uhr in Gosen

Blaukreuzstunde

Jedermann ist herzlich eingeladen.

— Um baldige Aufgabe von Bestellungen auf

Weihnachtsplätzen

bittet die Bäckerei, Bethel.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik:

Dr. G. Dittell; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

In großer Freude zeigen wir die Geburt eines gesunden

Jungen

an. Er soll Dieter heißen.

Pfarrer Karl Goebels u. Frau Elisabeth geb. Wolf.

Frankfurt a. M., den 6. Dezember 1931.

Lybenedstraße 13.

Öffentliche höhere Schulen der Betheler Anstalten

1. Friedrich von Bodelschwingh-Schule.

Aufbauschule (U III bis O I). Aufnahme nach sieben Volksschuljahren.

2. Sarepta-Schule. Lyzeum (VI bis U II).

Aufnahme nach vier Grundschuljahren.

Beide Schulen sind mit Schülerheimen verbunden und bieten Gelegenheit zur Anfertigung der Schularbeiten unt. Aufsicht.

Anmeldung bei den Direktoren vormittags 11 bis 1 Uhr in den Schulgebäuden (Pella- bezw. Bauweg).

Belustigungsgeräte f. Kinder

Karusselle, Schaukeln, Rutschbahnen, Sicherheitswippen, Berg- und Talbahnen. Die Geräte sind bequem in Zimmern und Sälen aufzustellen.

Viele Dankschreiben von Behörden, Heimen, Horden und dergl. Verlangen Sie bitte unverbindlich illustrierten Spezialkatalog 18.

Wilh. Prange, Spielplatz-Einrichtungen, Künsebeck i. Westf.

Tischbillard

für alt und jung, Anstalten und Vereine die beste Unterhaltung. In verschiedenen Preislagen von 25.— Mk. an.



KLISCHEES

ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT JHRER ANZEIGEN.

ALLE DRUCKSTÜCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG

BORGSTADT & BUSCH

BIELEFELD-TELEFON Nr. 1306



Von Karl Josef Friedrich.

1. Teil: Rätselhafte Liebesgeschichten, 2. Aufl. (geb. 3.—).

2. Teil: Das blaue Herz, (Neu 50 Liebesgesch., geb. 3.—).

Kurze Geschichten aus dem Alltagsleben, mit Liebe, Gelieben, dem Kern der Dinge erschaffen und zum Herzen des Lesers sprechend. Berl. hat eine besondere Gabe, wenig beachtete Ereignisse zu erkennen und in das beste göttliche Licht zu stellen, Dingen aufzuklären und graue, freundlose Tage sonnenhell zu verzaubern. — Ein schönes, wahrhaft christliches Buch für Mädchen, Mütter und kämpfende Männer. Jeder wird daraus etwas lernen.

Bestellungen durch jede Buchhandlung

Verlag Ludwig Anfert, Dresden-N. 27

Erfahrener, lediger

Gärtner

47 J., wst., sucht z. 15. Februar Dauerstellg. Angeb. m. Lohnang. unt. A 2102 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Durch Kontrolle des vereidigten Ehe-miters Dr. Robinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Blüten-garant.

Dose 9 Pf. netto 10.20 RM, vorwiegend Klee-Blütenblüte 11.90 RM, halbe Dose 5.90 RM und 6.70 RM, 1 Pf. Paket Mate-Tee RM 2. — frei Haus. Nach-nahme 30 Pf. mehr. Gar. Rücknahme.

Krieger, Borgein 2, Kr. Soest.

Dieser Honig ist auch in Dabitz, vereidigte Verläufte der Anstalt Bethel, zu haben.

Gebildete, ältere

Hausgenossin

evang., perfekt in Küchenbetrieb usw., sucht Betätigung gegen zeit-gemäße Vergütung. Offerten unt. A 2084 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Stellengesuche

und Angebote

haben im „Aufwärts“

großen Erfolg!

Welcher Pfarrer i. R.

übernimmt alsbald meine schöne Wohnung in Naumburg a. S.?

P. Etter, Westring 10.

Wir empfehlen unsere aus bestem Material, in eigenen Werkstätten hergestellten



Aluminium-Geschirre und Korbwaren

Tiberias-Werkstätten, Bethel bei Bielefeld